



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

### **Haushaltsplan 2022;**

**hier: Förderungen von barrierefreien Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder  
(Kap. 10 07 TG 82)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird der Ansatz der TG 82 (Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder) von 14.256,9 Tsd. Euro um 3.000,0 Tsd. Euro auf 17.256,9 Tsd. Euro angehoben.

### **Begründung:**

Frauen mit einer Behinderung haben ein deutlich höheres Risiko, sexualisierter oder körperlicher Gewalt ausgeliefert zu sein. Sie erleben oft Gewalt, die sich in unterschiedlichen Formen äußert. Jede dritte bis vierte Frau mit Behinderung hat in ihrer Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erfahren. Das ist zwei- bis dreimal häufiger als bei Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. (Studie "Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland" der Universität Bielefeld im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend). Wenn diese Frauen Schutz vor häuslicher Gewalt und Zuflucht suchen, gibt es für sie zu wenig Angebote. Die wenigsten Frauenhäuser sind barrierefrei oder barrierearm ausgestattet.

Der Schutz von Frauen vor Gewalt ist ein Grundrecht und muss in Bayern umgehend für alle bedrohten Frauen und ihre Kinder umgesetzt werden. Der Staat ist verpflichtet, Zufluchtsorte und Unterstützungsangebote zu schaffen und entsprechend den Bedarfen auszustatten. Die zusätzlichen Mittel sollen investiert werden, um Frauenhäuser, Schutzwohnungen und Frauenberatungsstellen in Bayern barrierefrei zu gestalten.